



Kanton Solothurnischer
Gewerbeverband

Kantonale Volksabstimmung vom 8. März 2015

Hans Huber-Strasse 38
Postfach 955
4502 Solothurn
Telefon 032 624 46 24
Telefax 032 624 46 25
www.kgv-so.ch
info@kgv-so.ch

JA zur Reduktion des Kantonsbeitrags an die Krankenkassen-Prämienverbilligung

Die Reduktion des Kantonsbeitrags an die Krankenkassen-Prämienverbilligung ist ein zentraler Bestandteil des Massnahmenpakets zur Sanierung des Staatshaushaltes des Kantons Solothurn. Wenige Tage nachdem die Mehrheit des Kantonsrats aus CVP, EVP, glp, SP und Grünen den Steuerfuss erhöht hat, um effektive Sparmassnahmen zu umgehen, provoziert die Linke eine Volksabstimmung über die Prämienverbilligung. Vor dieser Entwicklung haben die Wirtschaftsverbände gewarnt. Damit droht je nach Volksverdikt eine praktisch ausschliesslich einnahmenseitige Sanierung der Staatsfinanzen.

Der Kanton Solothurner Gewerbeverband spricht sich für die Senkung des Kantonsbeitrags an die Prämienverbilligung von 80 auf 70 Prozent aus. Der Kantonsrat hatte diese Sparmassnahme im September zur Umsetzung empfohlen. Damit wird die Grenze der Anspruchsberechtigten von heute 84'000 Franken auf 60'000 Franken Einkommen herabgesetzt. Mit sieben Millionen Franken Kosteneinsparungen jährlich ist diese Massnahme ein zentraler Bestandteil des im März geschnürten Massnahmenpakets. Dass SP, Grüne und Gewerkschaften diese schmerzhaft, aber notwendige Ausgabenreduktion aus dem Paket herauslösen wollen ist verantwortungslos. Eben erst hatte sich diese Seite für eine Erhöhung des Steuersatzes von 102 auf 104 Prozent ausgesprochen und an die staatspolitische Vernunft appelliert.

Lehnt das Solothurner Stimmvolk die Reduktion der Prämienverbilligung ab, ist das Massnahmenpaket des Regierungsrats als gescheitert zu betrachten. Wenn der anteilmässig grösste, in der Kompetenz des Kantonsrats liegende Posten zur Kostensenkung abgelehnt wird, droht in einem Jahr bereits die nächste Steuererhöhung. Je nach Ausgang der Volksabstimmung droht letztlich eine Sanierung des Staatshaushaltes praktisch ausschliesslich auf dem Buckel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Der Kanton Solothurner Gewerbeverband wird dafür eintreten, dass die verantwortbare Massnahme an der Urne angenommen wird.